

VERWALTUNGSVORLAGE

Projektgruppe Aufgabenkritik

Datum
15.04.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

07.05.2003

Betreff:

2. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den 2. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik zur Kenntnis und beschließt, dass der Maßnahmenkatalog der Projektgruppe weiter betrieben wird.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Verwaltungsvorlage Nr. 1770/02 vom 21.02.2002 wurde dem Haupt- und Finanzausschuss der 1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik vorgelegt.

Aufgrund des seinerzeit eingebrachten Maßnahmenkataloges wurde ein kumulierter Einsparungsbetrag in Höhe von 8.680.400 Euro ausgewiesen.

Die Fortschreibung dieses Maßnahmenkataloges in Anwendung der seinerzeit zugrundegelegten Kriterien weist nunmehr mit Stand März 2003 einen Einsparungsbetrag in Höhe von 11.284.300 Euro aus.

Der 2. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik wird zur Beratung beigelegt.

Ulf Stötzel

2. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik

1. Vorbemerkung

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 06.03.2002 den 1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik vom 25.01.2002 zur Kenntnis genommen und den Bürgermeister beauftragt, die aufgezeigten Maßnahmen weiter zu betreiben.

In der Einleitung zum 1. Sachstandsbericht ist aufgrund der als desolat einzustufenden Haushaltssituation der Stadt Siegen ausführlich auf die Notwendigkeit zur Aufgabenkritik eingegangen worden:

„In der Erkenntnis, dass nur ein ausgeglichener Haushalt die politischen Aktionsreserven bereit hält, die eine Stadt braucht, um die vorliegenden Zukunftsaufgaben lösen zu können, muss in einem noch absehbaren Zeitraum der Haushaltsausgleich erreicht und nachhaltig gesichert werden. Dies ist eine der wichtigsten kommunalpolitischen Ziele und somit keine lästige formale Pflicht.“

Der vom Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 26.02.2003 beschlossene Haushalt 2003 weist bei einem originären Fehlbedarf von rd. 12,9 Mio. € und unter Berücksichtigung des abzudeckenden Fehlbetrages aus dem Jahre 2001 (rd. 24,6 Mio. €) einen Gesamtfehlbedarf in Höhe von rd. 37,5 Mio. € aus. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass zur Stützung des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 9,7 Mio. € etatisiert ist, so dass sich das strukturelle Defizit im Haushaltsjahr 2003 auf 47,2 Mio. € beläuft.

Unter Berücksichtigung des noch abzudeckenden Fehlbetrages aus dem Haushaltsjahr 2002 in Höhe von rd. 39,0 Mio. € beläuft sich das kumulierte Defizit auf rd. 76,5 Mio. €.

Die mittelfristige Finanzplanung 2002 - 2006/12 sieht vor, dass ein originärer Haushaltsausgleich im Jahr 2007 erreicht werden kann. Nach der sodann noch erforderlichen Abdeckung der erheblichen Fehlbeträge aus Vorjahren wäre die Stadt Siegen im Jahre 2012 erstmals wieder in die Lage versetzt, einen insgesamt ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

2. Notwendige, begleitende Schritte zur Haushaltssanierung

Wenn auch von überregionaler Politik die Reform der Gemeindefinanzierung als dringend notwendig erachtet wird, damit die Kommunen die für ihre Aufgabenstellung notwendige Finanzausstattung erhalten, so ist mit dieser Forderung auch gleichzeitig die Standardfrage der Aufgabenerledigung verknüpft.

Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg am 15.04.2002:

Regierungspräsident Kuschke ging in seinem Grußwort auf die schwierige Finanzsituation der Städte und Gemeinden ein. Der Gemeindeanteil der Einkommensteuer sei um 5 % gesunken, die Zahl der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept sei auf 39 gestiegen. Kuschke warnte jedoch vor einer Resignation der Gemeinden. In diesem Zusammenhang hob er hervor, dass eine Reform der Gemeindefinanzen dringend not-

wendig sein. Zudem müssten kostenintensive Standards abgebaut werden, und zwar nicht nur von den Kommunen, sondern auch vom Bund und den Ländern.

Dass das Problem der Finanzierung des städtischen Haushaltes kein originär Siegener Problem, sondern ein flächendeckendes Problem ist, wird auch auf Landesebene grundsätzlich anerkannt. In seinem Runderlass vom 30.09.2002 „Orientierungsdaten 2003 - 2006 für die Finanzplanung der Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen“ führt der Innenminister aus:

Die Kommunalfinanzen haben sich 2001 und im Verlauf des 1. Halbjahres 2002 nachhaltig verschlechtert. Auf der Einnahme-Seite gab es bereits im Haushaltsjahr 2001 einen empfindlichen Einbruch des Gewerbesteueraufkommens (Gewerbesteuer-Netto - 11,7 v.H.), der sich im Verlauf des 1. Halbjahres 2002 noch verstärkt fortgesetzt hat. Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer reduzierte sich im Haushaltsjahr 2001 um 4,9 v.H., auch das Umsatzsteueraufkommen blieb schwach. Auf der Ausgaben-Seite stiegen insbesondere die sozialen Leistungen wieder deutlich (2001 + 3,1 v.H.; 1. Halbjahr 2002 + 4,1 v.H.) an.

Im Saldo der bereinigten Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen wiesen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2001 erstmals seit 3 Jahren wieder ein Finanzierungsdefizit in Höhe von rd. 1,5 Milliarden Euro auf. Anstrengungen vieler Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte sind aber nach wie vor nicht zu übersehen. Die kommunalen Ausgaben blieben auch 2001 mit einem Anstieg von + 0,9 v.H. unterhalb der Empfehlungen des Finanzplanungsrates für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

Die Ursachen des aufgezeigten Finanzierungsdefizits haben einen Umfang erreicht, dass viele Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Auf die ursächlichen externen Einflüsse ist mehrfach in der Vergangenheit hingewiesen worden, so dass diese nur exemplarisch nochmals genannt werden:

- < Die Steuerreform 2001 und die konjunkturelle Entwicklung, die zu einem Wegbrechen der Gewerbesteuer geführt hat.
- < Anstieg der gesetzlichen Aufgaben- und Ausgabeverpflichtung, z. B. im Sozial- und Jugendbereich:
 - Die Regelungen des zum 01.01.2003 in Kraft getretenen Grundsicherungsgesetzes werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusätzlich mit 100 Mio. € belasten;
 - Die Reduzierung des Anteiles des Landes am Unterhaltsvorschuss von 50 auf 20 % belastet die Kommunen mit 30 Mio. € p.a.
- < Die in Nordrhein-Westfalen beabsichtigte Verbesserung der Betreuung im schulischen Bereich wird bei unveränderten Finanzstrukturen Kosten in Höhe von 280 Mio. € bei den Kommunen verursachen.

Insoweit wird seitens der Projektgruppe der in der Verwaltungsvorlage 2389/2002 vom 04.12.2002 formulierte Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Siegen erwartet die Unterstützung des Gesetzgebers in Bund und Land bei der Neuausrichtung der gemeindlichen Finanzen

unter besonderer Berücksichtigung des Konnexitätsprinzipes (wer Leistungen beschließt, hat die Finanzierung sicherzustellen) und das Erfordernis zu einer Reform des Gemeindefinanzausgleichs.

inhaltlich als eine Voraussetzung gesehen, die für die Haushaltskonsolidierung und damit für die Gewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit unabdingbar ist.

Fazit:

Die Stadt Siegen hat einen kommunalverfassungsrechtlichen Auftrag, das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung zu fördern. Diese gesetzlich übertragene Aufgabe umfasst grundsätzlich alle für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlichen Maßnahmen, kurz alles, was als „Daseinsvorsorge“ anzusehen ist.

Die Projektgruppe Aufgabenkritik hat im Bericht vom 25.01.2002 in Übereinstimmung mit dem Bürgermeister und dem Stadtkämmerer auf die Standardfrage hingewiesen:

„Gleichwohl ist erkennbar, dass der seit Jahren von der Stadt notwendigerweise gefahrene Konsolidierungskurs zwischenzeitlich eine Linie erreicht hat, an der zu entscheiden ist, ob das bisher vorgehaltene Angebot an Einrichtungen und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger noch als kommunale Grundausrüstung gewährleistet werden kann oder spürbar mit bekannten Folgewirkungen zurückgefahren werden muss.“

Im Hinblick auf den zu erbringenden Konsolidierungsbetrag muss in der Verwaltung, aber insbesondere auch in der Politik die Frage der Standards intensiv diskutiert und abgewogen werden. Unter Berücksichtigung der Fragen

- Was ist notwendig ?
- Was ist wünschenswert ?
- Was ist machbar ?

muss auch in der Stadt Siegen der derzeitige Aufgabenbestand und die geleistete Aufgabenerledigung auf den Prüfstand.

Die Grenzen der Beschränkung des kommunalen Leistungsangebotes werden durch den kommunalverfassungsrechtlichen Auftrag „Daseinsvorsorge“ definiert und sind letztlich durch die politischen Gremien dieser Stadt zu bestimmen. Hierbei ist jedoch auch in Kenntnis und unter besonderer Berücksichtigung der für die Stadt Siegen gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen folgendes Fazit zu berücksichtigen:

Wenn eine Stadt nicht in ihre Zukunft investiert, wird sie keine Zukunft haben.

Konsolidierung setzt nicht ausschließlich am Personalkörper an und endet dort. Eine Standardanpassung in Einrichtungen und bei Dienstleistungen ist - mit politischer Unterstützung - notwendig. Die Aufgabenverlagerung von Bund und Land auf die Kommunen hat und führt weiterhin zu Mehrbelastungen der Beschäftigten und muss überwiegend durch das vorhandene Personal abgedeckt werden. Hier ist die Grenze des Machbaren erreicht.

3. Fortschreibung des 1. Sachstandsberichtes

Der mit Verwaltungsvorlage Nr. 1770/02 am 21.02.2002 eingebrachte Maßnahmenkatalog wies einen auf den Konsolidierungszeitraum kumulierten Einsparungsbetrag in Höhe von **8.680.400 €** aus.

Die Fortschreibung des Maßnahmenkataloges in Anwendung der seinerzeit zugrundegelegten Kriterien weist nunmehr mit Stand März 2003 einen Einsparungsbetrag in Höhe von **11.284.300 €** aus.

Die Einsparungen ergeben sich durch:

Maßnahme 026: Optimierung des Vollstreckungsdienstes mit dem Ziel der Einnahmeverbesserung							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	300,0

Bei der Stadtkasse gingen im Jahr 2001 ca. 10.700 Vollstreckungsaufträge für öffentlich-rechtliche Forderungen bzw. Abholaufträge für privat-rechtliche Forderungen ein. Das Volumen der in der Vollstreckung befindlichen eigenen Forderungen betrug mehr als 7 Mio. DM bzw. ca. 3,6 Mio. €.

Die Voraussetzungen für einen effektiveren Arbeitsablauf sind mittlerweile durch die verbesserte Technikausstattung der Arbeitsplätze im Vollstreckungsdienst erfüllt. Hierdurch wird erreicht, dass bislang eintretende Zeitverluste durch die Kontaktaufnahme mit dem Innendienst zum Zwecke der Informationsbeschaffung vermieden werden. Darüber hinaus können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollstreckungsaußendienst nunmehr auch die Vereinfachungen in der Textverarbeitung nutzen.

Im Hinblick auf die so gewonnenen Zeitressourcen, die für den originären Vollstreckungsdienst eingesetzt werden können, ist eine **Zielvorgabe** hinsichtlich der Einnahmeverbesserung von jährlich 50.000 € angesetzt worden.

Maßnahme 029: Neuordnung des Zuschusswesens im freiwilligen Bereich							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0	420,0

In der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 22.05.2002 zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2002 wird auf den Handlungsbedarf zur Prüfung des Ausgabebedarfs in den freiwilligen Bereichen hingewiesen.

Bei Umsetzung der in der Verwaltungsvorlage 2389/2002 aufgezeigten Maßnahmen ergibt sich unter Berücksichtigung der Beschlusslage des Rates vom 26.02.2003 eine Einsparung gegenüber dem Vorjahr von 70.000 €.

Maßnahme 034: Anpassung des Angebotes an den festgestellten Bedarf (Bäderkonzept)							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	500,0	400,0	0	0	0	0	900,0

Unter finanziellen Aspekten ist die Projektgruppe auch in Kenntnis der Beschlussfassung des Rates vom 22.05.2002 weiterhin der Auffassung, dass durch die Schließung von Hallen- bzw. Natur-Freibädern eine wesentliche finanzielle Einsparung erzielt werden kann. Der Sachverhalt ist unter den gegebenen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den politischen Gremien erneut zu beraten. Der Einsparungsbetrag wird berechnet auf der Basis der vorgesehenen Investitionen für das Hallenbad Löhrtor. Einsparpotentiale im Bereich des SN A sind nicht aufgeführt.

Maßnahme 037: Lohnkosten außerschulische Nutzung							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	75,0

Im Stellenplan sind 11 Stellen für Hilfskräfte für die Betreuung der schulischen und außerschulischen Veranstaltungen nach Ende der Arbeitszeit der jeweiligen Hausmeister ausgewiesen. Bei personellen Fluktuationen erfolgen automatisch Überprüfungen im Hinblick auf Einsparpotentiale. Durch die Neuregelung in einem konkreten Fall konnte bereits ein sich nunmehr auswirkender Einspareffekt in Höhe von ca. 15.000 € erzielt werden. Im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes ist seitens des zuständigen Fachbereiches zu überprüfen, ob ein zusätzlicher Aufwendungsersatz von den Nutzern von Schul- und Sporthallen gefordert werden kann, mit denen keine Schlüsselverträge abgeschlossen wurden bzw. werden konnten.

Maßnahme 041: Überprüfung der Mietkosten für die Bereitstellung städtischer Schulräume							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	7,0

Die Benutzungsentgelte wurden aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Bewirtschaftungskosten erhöht. Der Rat hat der Änderung der Nutzungsentgelte bereits zugestimmt. Die Maßnahme wird im Sinne der Projektgruppe als umgesetzt angesehen.

Maßnahme 049: Reduzierung der Hauswarttätigkeiten bei den Übergangsheimen							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	186,0

Gemäß Verwaltungsvorlage Nr. 1936/02 vom 18.05.2002 „Übergangswohnheime für Spätaussiedler und Flüchtlinge - Zustandsbericht/Handlungsbedarf“ lag die Zahl der zu unterhaltenden Einrichtungen 1998 bei 32. Die Zahl der Einrichtungen hat sich bis zum Jahr 2002 auf 17 reduziert.

Im Rahmen des seinerzeit angewandten Personalschlüssels und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Belegungszahlen der Übergangswohnheime ergibt sich die im Rahmen des Stellenplanes 2003 beabsichtigte Einsparung 1 Stelle.

Maßnahme 060: Anpassung der Kostendeckung für die Gestellung von Sicherheitswachen							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	21,0

In der Vergangenheit wurden die Einnahmen aus Brandsicherheitswachen zu 100 % an die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ausgezahlt, die hierauf zu entrichtende pauschale Lohnsteuer jedoch von der Stadt Siegen übernommen.

Der Auszahlungsmodus wurde zwischenzeitlich derart angepasst, dass die pauschale Besteuerung entsprechend berücksichtigt wird.

Der Erfolg der Maßnahme ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben
2000	52.238,00 DM	56.906,00 DM
2001	42.259,00 DM	48.700,00 DM
2002 (Stand Juni)	19.136,00 €	18.430,00 €

Maßnahme 075: Straßenreinigung und Winterdienst							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
-	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	180,0

Durch verstärkten Maschineneinsatz wird eine Entlastung der Handstreuer (verbunden mit einem Abbau von Überstunden) sowie eine Reduzierung der Fremdvergaben in diesem Bereich erzielt.

Maßnahme 091: Forst / Stadtwald							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	35,5	35,5	35,5	35,5	35,5	35,5	213,0

Die Überprüfung der Standards und die entsprechende Anpassung des Arbeitsplanes an einen reduzierten Personalbestand ergeben die Möglichkeit, die durch Personalfluktuations freigewordene Stelle eines Forstwirtes als Einsparstelle zu realisieren.

Maßnahme 100: Umgestaltung des INSIDER							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
-	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	21,0

Die geänderte Veröffentlichungsform des INSIDER unter Nutzung des städtischen Intranets verringert die Printauflage. Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Ausgaben wird eine Einsparung von 5.000 € per anno erzielt.

Maßnahme 104: Wegfall einer Prüferstelle							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
0	0	0	13,0	54,3	54,3	54,3	175,9

Die personalwirtschaftliche Umsetzung der Maßnahme ist erfolgt; es werden die aufgezeigten Einsparungen (Kosten eines Arbeitsplatzes auf KGSt-Basis) erzielt.

Maßnahme 112: Gebäudereinigung Friedhofshallen							
Konsolidierungsbetrag in Tausend EURO							
2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	105,0

Durch die Anpassung der Reinigungsintervalle an die Nutzungszeiten von Friedhofshallen sowie durch weitere Fremdvergaben im Bereich der Friedhofshallen konnten Einsparungen in der angesetzten Höhe erzielt werden.

In der als Anlage beigefügten Übersicht sind die nach der Intention der Projektgruppe umgesetzten Maßnahmen - Stand: 2. Sachstandsbericht März 2003 - zusammengefasst.

Wolf Lehmann
Fachbereichsleiter 2
als Leiter der Projektgruppe Aufgabenkritik